

Niederschrift der 16. Ratssitzung vom 03.02.2011

Ort: Grundschule Süd-West, Wilhelm-Koenen-Str.

Tag: 03.02.2011

Beginn: 16:00 Uhr

Ende: 19:40 Uhr

Anwesenheit: Oberbürgermeister Herr Ralf Poschmann
28 Stadträte

Herr Thomas Peckruhn CDU
Herr Andreas Skrypek CDU
Frau Regina Stahlhacke CDU
Herr Reinhard Windolph CDU

Herr Peter Dietrich DIE LINKE.
Herr Manfred Fischer DIE LINKE.
Herr Holger Hüttel DIE LINKE.
Herr Klaus Kotzur DIE LINKE.
Frau Christine Kümmel DIE LINKE.
Frau Sabine Künzel DIE LINKE.
Herr Günter Prause DIE LINKE.
Herr Frank Radschunat DIE LINKE.
Frau Iris Töpsch DIE LINKE.

Herr Siegmar Hecker BOS
Herr Peter Matthes BOS
Frau Katrin Scheffel BOS
Herr Helmut Schmidt BOS
Herr Jürgen Telle BOS
Herr Gerhard von Dehn-Rotfelser BOS

Herr Mike Bösel B.I.S.
Frau Gesine Liesong B.I.S.
Frau Käthe Olschak B.I.S.
Herr Klaus Peche B.I.S.
Herr Raik Polster B.I.S.
Herr Lothar Wolfram B.I.S.

Frau Christine Block SPD
Herr Arndt Kemesies SPD

Herr Heiko Brunthaler NPD

entschuldigt fehlten: Herr Dr. Dankward Vollmer CDU
Frau Regine Römmisch CDU
Herr Volker Schachtel CDU
Herr Andreas Herold BOS
Herr Bert Mrozik BOS
Frau Nadine Hampel SPD

verspätet erschienen:	Frau Monika Rauhut	CDU	16:05 Uhr
	Herr Udo Halle	CDU	16:09 Uhr
	Herr Dieter Klein	CDU	16:26 Uhr
	Herr Axel Sell	DIE LINKE.	16:52 Uhr
	Herr Helmut Qual	F.D.P.	16:58 Uhr
	Herr Udo Schwarz	F.D.P.	18:30 Uhr
vorzeitiges Verlassen:	Herr Dieter Klein	CDU	18:20 Uhr
	Herr Raik Polster	B.I.S.	18:47 Uhr
	Herr Heiko Brunthaler	NPD	18:47 Uhr
sachkundige Einwohner:	Herr Veit Baeske		
	Herr Peter Bloßfeld		
	Herr Manfred Hartmann		
	Herr Ditrich Holzapfel		
	Herr Volker Kinne		
	Herr Thomas Marschner		
	Herr Wolfgang Müller		
	Frau Iris Reiche		
	Herr André Röthel		
Herr Maik Rüdiger			
Herr Lothar Sanftleben			
Ortsbürgermeister:	Herr Uwe Hummitzsch	OT Breitenbach	
	Herr Udo Lucas	OT Wolfsberg	
stellv. Ortsbürgermeister:	Herr Helmut Hahnas	OT Obersdorf	
	Herr Lutz Thiele	OT Wettelrode	
Stadtverwaltung:	Herr Jens Schuster	Fachbereichsleiter Zentrale Dienste und Finanzen	
	Herr Torsten Schweiger	Fachbereichsleiter Stadtentwicklung und Bauen	
	Herr Udo Michael	Fachbereichsleiter Bürgerservice	
	Frau Katharina Bonk	Leiterin Rechnungsprüfungsamt	
	Herr Daniel Stollberg	Büroleiter des Oberbürgermeisters	
	Frau Carmen Naumann	Referentin Anteilsmanagement, Stiftungen, und Mitgliedschaften	
	Frau Sibylle Lucas	Referentin Kulturelle Bildung, Demografische Entwicklung und Bürgerliches Engagement	
	Frau Marina Becker	Referentin Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Städtepartnerschaften	
Frau Karin Schiller	Ratsbüro		
Frau Simone Jung	Ratsbüro		
Tagungsleitung:	Herr Frank Radschunat	1. Stellvertreter des Stadtratsvorsitzenden	

Tagesordnung gemäß Einladung:

1. **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit**
2. **Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung**
3. **Genehmigung der Niederschrift der 15. Ratssitzung vom 16.12.2010**
4. **Verabschiedung einer Stadträtin wegen Mandatsniederlegung und Verpflichtung eines nachrückenden Stadtrates**
5. **Bericht des Oberbürgermeisters**
6. **Anfragen und Aussprache zum Bericht des Oberbürgermeisters**
7. **Beratungsgegenstände in öffentlicher Sitzung**

- 7.1 Entlastung des Oberbürgermeisters der Stadt Sangerhausen gemäß § 170 Abs. 3 GO LSA für das Haushaltsjahr 2008
- 7.2 Neufassung des Beschlusses Nr. 9-28/01 "Zuschüsse zur Fraktionsarbeit und Prüfung deren Verwendung" - Richtlinie der Stadt Sangerhausen über die Zuschüsse zur Fraktionsarbeit und deren Verwendung
- 7.3 2. Lesung und Beschlussfassung der Hundesteuersatzung der Stadt Sangerhausen
- 7.4 Prüfungserfordernis für die Kreiselvariante bei zukünftigen Kreuzungsausbauten - 2. Lesung und Beschlussfassung
- 7.5 Auslegungsbeschluss des Entwurfes des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 30 "Sondergebiet Photovoltaikanlage Oberröblingen" der Stadt Sangerhausen
- 7.6 Auslegungsbeschluss für den Bebauungsplanentwurf Nr. 31 "Sondergebiet Photovoltaikanlage Othaler Weg" der Stadt Sangerhausen
- 7.7 Verlängerung der örtlichen Bauvorschrift über die besonderen Anforderungen an die äußere Gestaltung von baulichen Anlagen in der Berg- und Rosenstadt Sangerhausen (Gestaltungssatzung) - 1. Lesung
- 8. Informationsvorlagen in öffentlicher Sitzung**
- 8.1 Beteiligungsbericht - Geschäftsjahr 2009
- 9. Beratungsgegenstände in nichtöffentlicher Sitzung**
- 9.1 Verkauf der Grundstücke aus dem Gewerbegebiet "An der Wasserschluft" Gemarkung Oberröblingen, Flur 3, Flurstücke 103, 104, 106, 72 und 474 tlw., gesamt ca. 8.140 m²
- 9.2 Erwerb Teilbereich der Straße "An der Rosenmühle" Gemarkung Sangerhausen, Flur 14, Flurstück 1172, 330m²
- 9.3 Abschluss eines neuen Stromkonzessionsvertrages - 1. Lesung
- 9.4 Vorberatung von Beschlussvorlagen zur Verbandsversammlung des AZV und TZV Südharz
- 10. Informationsvorlagen in nichtöffentlicher Sitzung**
- 10.1 Information über Beschlüsse des Hauptausschusses
- 10.2 Information über Beschlüsse des Sanierungsausschusses
- 11. Wiederherstellung der Öffentlichkeit und Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse**

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Der 1. Stellvertreter des Vorsitzenden des Stadtrates Herr Frank Radschunat eröffnet die 16. Stadtratssitzung und begrüßt den Oberbürgermeister, die anwesenden Stadträte, sachkundige Einwohner, Ortsbürgermeister, ihre Stellvertreter, Mitarbeiter der Verwaltung und Bürger und Einwohner der Stadt Sangerhausen.

Ladefrist: Die reguläre Ladefrist (10 Kalendertage) wurde eingehalten.

Beschlussfähigkeit: Die Beschlussfähigkeit ist gewährleistet. 28 Stadträte und der Oberbürgermeister sind anwesend.

Öffentlichkeit: Die TOP 1. - 8.1 und 11. werden in öffentlicher Sitzung behandelt.
Die TOP 9. - 10.2 werden in nichtöffentlicher Sitzung behandelt.

Herr Radschunat informiert darüber, dass im Sanierungsausschuss ein Mitgliederwechsel erfolgte. Frau Katrin Scheffel (BOS-Fraktion) nimmt den Platz von Herrn Andreas Herold (BOS-Fraktion) ein.

2. Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung

Die Verwaltung schlägt folgendes vor.

TOP 7.1 *Entlastung des Oberbürgermeisters der Stadt Sangerhausen gemäß § 170 Abs. 3 GO LSA für das Haushaltsjahr 2008* wird heute in 1. Lesung behandelt.

TOP 7.2 *Neufassung des Beschlusses Nr. 9-28/01 "Zuschüsse zur Fraktionsarbeit und Prüfung deren Verwendung" - Richtlinie der Stadt Sangerhausen über die Zuschüsse zur Fraktionsarbeit und deren Verwendung* wird von der Verwaltung zurückgezogen.

Nachfolgende TOP verschieben sich entsprechend.

Unter TOP 8.2 wird zusätzlich in den öffentlichen Teil die Informationsvorlage *Ausgaben Deutsche Meisterschaften im Straßenradsport 2010* aufgenommen.

Abstimmung über die geänderte Tagesordnung

Ja-Stimmen = 29
Nein-Stimmen = 0
Stimmenenthaltungen = 0

Damit ist die geänderte Tagesordnung einstimmig bestätigt.

3. Genehmigung der Niederschrift der 15. Ratssitzung vom 16.12.2010

16:05 Uhr
Frau Rauhut kommt = **30**

Abstimmung über die Niederschrift

Ja-Stimmen = 26
Nein-Stimmen = 0
Stimmenenthaltungen = 4

Damit ist die Niederschrift genehmigt.

4. Verabschiedung einer Stadträtin wegen Mandatsniederlegung und Verpflichtung eines nachrückenden Stadtrates

Begründung: Herr Schuster

Beschlusstext:

Der Stadtrat beschließt das Ausscheiden von Frau Renate Engelhardt aus dem Stadtrat der Stadt Sangerhausen.

Abstimmung über die Beschlussvorlage

Ja-Stimmen = 30
Nein-Stimmen = 0
Stimmenenthaltungen = 0

Damit ist die Beschlussvorlage einstimmig bestätigt und wird unter der **Beschluss-Nr. 1-16/11** registriert.

Inkrafttreten am: Tag nach der Beschlussfassung

16:09 Uhr
Herr Halle kommt = **31**

Herr Radschunat bittet Herrn Hüttel nach vorn und nimmt die Verpflichtung vor.

Verpflichtung eines nachrückenden Stadtrates

"Für Frau Renate Engelhardt rückt Herr Holger Hüttel, wohnhaft in Sangerhausen, Riestedter Straße 90 nach. Herr Hüttel war bisher als sachkundiger Einwohner im Stadtrat tätig. Die Mandatsannahme liegt schriftlich vor. Herr Hüttel ist anwesend."

Verpflichtungstext:

„Entsprechend der §§ 30 und 31 der Gemeindeordnung des Landes Sachsen-Anhalt verpflichte ich Sie, alle ehrenamtlichen Rechte und Pflichten zum Wohle der Stadt zu erfüllen. Gemäß § 32 GO LSA sind die Mandatsträger auf die ihnen nach den §§ 30 und 31 obliegenden Pflichten hinzuweisen. Dieser Hinweis ist aktenkundig zu machen.

Ich stelle fest:

Als Mitglied des Stadtrates sind Sie schriftlich über die einzuhaltenden Pflichten in Kenntnis gesetzt worden und haben ihre Kenntnisnahme durch ihre Unterschrift bereits dokumentiert. Diese Erklärung liegt vor. Damit ist die Verpflichtung gemäß § 32 GO LSA erfolgt und hiermit dokumentiert."

5. Bericht des Oberbürgermeisters

Der Bericht des Oberbürgermeisters wurde vor der Ratssitzung verteilt.

Herr Poschmann gibt den Hinweis, dass er im nichtöffentlichen Teil den Bericht mit Ausführungen über den Industriepark Südharz fortsetzen wird.

6. Anfragen und Aussprache zum Bericht des Oberbürgermeisters**Wortmeldung des Stadtrates Herrn Peche, B.I.S.-Fraktion**

Herr Peche spricht zum Thema Grundschule Obersdorf. In anderen Kreisen und Städten hat man gewusst, wo man sich hinwenden muss, wenn heute der Tatbestand so ist, dass 21 Grundschulen im Land Sachsen-Anhalt weiterhin bestehen dürfen. In den Ratssitzungen im Oktober und Dezember wurde mit überwältigender Mehrheit der Beschluss abgelehnt, diese Schule zu schließen. Der Stadtrat hatte von dieser Ausnahme keine Kenntnis. Vielleicht kann das Gespräch von Staatssekretär zu Staatssekretär helfen, Licht in das Dunkel hereinzubringen, sodass einer dem anderen Auskunft gibt, wie weiter verfahren werden kann, um die Grundschule in Obersdorf zu erhalten. Da dem Stadtrat die Erhaltung der Schule immer noch sehr wichtig ist, wurde eine Arbeitsaufgabe an die Stadtverwaltung erarbeitet. Der Gegenstand dieser Arbeitsaufgabe ist folgender. Die Verwaltung wird gemeinsam mit dem Rat eine Ratsvorlage erarbeiten. Gegenstand ist der Erhalt der Grundschule im Ortsteil Obersdorf. Die gesetzlichen Grundlagen sind das Schulgesetz des Landes Sachsen-Anhalt vom 15.07.2008 und dazu speziell der § 41 Schulbezirke und Schuleinzugsbereiche. Die Begründung könnte folgende sein. „Durch die Auflösung der Schulbezirke und Schuleinzugsbereiche für Grundschulen, haben Eltern die Möglichkeit, ihre Kinder in die Schule ihres Vertrauens einschulen zu lassen. Wenn Eltern die Grundschule frei wählen können, werden Anhaltspunkte dafür gegeben, welche Grundschulen attraktiv sind und gute Arbeit leisten. Der Wettbewerb unter den Grundschulen wird dadurch positiv beeinflusst und daraus schlussfolgernd, das Bildungsniveau erhöht. Dies erleichtert Schulträgern und Schulaufsicht die Entscheidung darüber, welche Schulen erhaltenswert sind. Durch die Festlegung von Aufnahmekapazitäten an den Grundschulen, sind die Schulströme weiterhin planbar und ein finanzieller Mehraufwand zur Schulbeförderung wird nicht notwendig.“ Der Ratsbeschlusstext: „Die Stadt Sangerhausen beauftragt die oberste Schulbehörde zum Schuljahr 2011, mit der Auflösung der Schulbezirke in der Stadt Sangerhausen.“ Der Rat möchte das heute übergeben und hofft, dass nicht nur daran gearbeitet wird, wie es nicht geht, sondern so wie es in 21 anderen Städten unseres Landes Sachsen-Anhalt geht. Es müssen alle Möglichkeiten ausgeschöpft werden, die Grundschule in Obersdorf zu erhalten, damit die Kinder auch weiterhin dort zur Schule gehen und vielleicht bei anderen Schulströmen, andere Kinder die Schule nutzen können.

16:26 Uhr

Herr Klein kommt = 32

Wortmeldung des Oberbürgermeisters Herrn Poschmann

Herr Poschmann weist darauf hin, dass der Transport von Informationen auf dem normalen Dienstweg erfolgen sollte, da man alle Behörden auf diesem Weg mitnehmen muss, wenn man etwas bewegen will. Es ist ihm nicht leicht gefallen, sich gegen das Gonnatal und gegen den Rat zu stellen. Aber er ist nach wie vor der Auffassung, dass er verpflichtet ist, die Gesetze, die das Land Sachsen-Anhalt vorschreibt, einschließlich seiner Verordnungen, umzusetzen. Der Widerspruch wurde eingelegt. Es gibt darauf noch keine Reaktion. Die Informationen in der Presse haben die Stadtverwaltung und andere Behörden absolut überrascht und es ist unklar, nach welchen Kriterien Ausnahmeregelungen erteilt worden sind. Mit einer Ausnahmeregelung für die Grundschule Obersdorf

wird bereits seit mehreren Jahren gearbeitet. Hier gibt es kein Versäumnis seitens der Verwaltung. Das darf man auch nicht vergessen. Jetzt geht es um die Ausnahme von der Ausnahme. Die meisten Schulen beantragen das erste Mal diese Ausnahme. Sie arbeiten noch nicht in dieser Ausnahmeregelung und rutschen erst in absehbarer Zeit unter diese Schülerzahlen. Er will nichts unversucht lassen, um eine Lösung zu finden. Ob die Auflösung der Schulbezirke, die Lösung ist, da gibt es sicherlich Aspekte, die dafür sprechen und andere, die dagegen sprechen. Man darf natürlich auch nicht Schulen gegeneinander aufwiegen und durch Regelungen, andere Schulen in die Problemlage bringen, in der jetzt Obersdorf steckt. Der Antrag wird aufgenommen, noch einmal bewertet und vielleicht im Hauptausschuss, am 16.02.2011 kann die erste Stellungnahme abgegeben werden. Die Stadt ist als Schulträger für die Festlegung von Einzugsbereichen zuständig, aber immer im Rahmen der Schulentwicklungsplanung. Der Planungsträger ist der Landkreis, im Rahmen dessen, was das Land als Richtlinien vorgibt. Da auszurechnen, das wird wohl nicht gelingen. Entweder gibt es eine generelle Regelung oder es gibt Ausnahmen und die Ausnahmen sind im Einzelfall zu prüfen. Das wurde immer versucht. Es ist hier kein Verschulden und keine unkreative Handlungsweise der Verwaltung zu erkennen.

Wortmeldung des 1. Stellvertreters des Stadtratsvorsitzenden Herrn Radschunat

Herr Radschunat spricht an dieser Stelle den Stadträten Lob und Respekt dafür aus, dass mit einer überwältigenden Mehrheit die beiden Beschlüsse zur Schließung der Grundschule Obersdorf abgelehnt wurden und sie damit den politischen Druck aufgemacht haben. Er erinnert den Oberbürgermeister daran, dass sich in den Beratungen versprochen wurde, sich gegenseitig zu helfen und dass gemeinsam für den Erhalt dieses Schulstandortes gestrebt wird. Er denkt, dass alle auf einem guten Weg sind und hofft, dass positive Entscheidungen im Landesverwaltungsamt getroffen werden und das noch vor dem 20. März.

Wortmeldung der Stadträtin Frau Scheffel, BOS-Fraktion

Frau Scheffel weist auf einen anderen Aspekt hin. Die Stadträte haben mit der Ablehnung der Schließung der Grundschule Obersdorf einen Stein ins Rollen gebracht. Eltern haben Veranstaltungen durchgeführt. Andere Leute sind dadurch motiviert worden, sich dafür zu interessieren. Im Fall der Grundschule ist die gemeinsame Zusammenarbeit der Stadträte gelungen. Eventuell hat der Wahlkampf damit zu tun, dass neue Möglichkeiten in Magdeburg ausgelotet und entschieden wurden.

Wortmeldung des Oberbürgermeisters Herrn Poschmann

Herr Poschmann bezweifelt, dass schon etwas entschieden wurde. Es gibt Zeitungsmittelungen. Auf dem offiziellen Weg ist nichts bekannt. Hilfreich wäre es, wenn die Verwaltung erfahren würde, dass Lösungsmöglichkeiten angedacht sind.

Wortmeldung der Stadträtin Frau Scheffel, BOS-Fraktion

Frau Scheffel begrüßt es, dass Magdeburg für 21 Schulen Ausnahmen bestätigt hat. Wenn Obersdorf und andere Schulen dazu kommen, wäre das sehr positiv zu werten.

Wortmeldung des Stadtrates Herrn Skrypek, CDU-Fraktion

Herr Skrypek beauftragt die Verwaltung, in den nächsten Ratssitzungen dafür zu sorgen, dass die Mikrofone so stehen, dass die Redner die Räte und das Podium im Blick haben. Des Weiteren erklärt er sich mit dem Vorschlag der Verwaltung einverstanden, dass Dauerparker den Parkplatz an der Mafa als Ausweichparkplatz, für den an der Marktsüdseite, nutzen können. Er hatte allerdings erwartet, dass der Marktplatz für Leute, die in die Innenstadt wollen, in der Zeit der Bauphase freigegeben wird. Das ist die Stadt den innerstädtischen Händlern und den Bürgern der Stadt Sangerhausen schuldig. Was die Grundschule in Obersdorf betrifft, pflichtet er den Ausführungen von Herrn Peche bei und ist sicher, dass alle Fraktionen dem Vorschlag folgen werden.

Wortmeldung des Oberbürgermeisters Herrn Poschmann

Herr Poschmann erklärt zum Parkplatz Marktsüdseite, dass in Bauabschnitte gegliedert wird. Es wird keine komplette Sperrung geben. Der Hinweis wird aufgenommen und von der Verwaltung geprüft. Im Sanierungsausschuss gab es noch kein abschließendes Einverständnis.

Nach Zwischenrufen bittet *Herr Radschunat* den Vorsitzenden des Sanierungsausschusses Herrn Peche um Klarstellung.

Wortmeldung des Stadtrates Herrn Peche, B.I.S.-Fraktion

Herr Peche informiert, dass es eine Anfrage von Frau Rauhut gab, ob das Parken außerhalb der Markttage auf dem Markt ermöglicht werden kann. Anfangs tendierte die Diskussion in Richtung Befürwortung. 2 Mitglieder waren nicht dieser Meinung. Allerdings wurde die Sache nicht ausdiskutiert.

KASSETTENWECHSEL

Anfragen des Stadtrates Herrn Prause, Fraktion DIE LINKE.

Herr Prause spricht 4 Themen an. 1. Der Zustand der Iglu-Standplätze, speziell in den Neubaugebieten, war bis vor einem halben Jahr recht ordentlich. Seit geraumer Zeit befinden sich neben den Standplätzen am Bonifatiusplatz und am Markt, auch die in der Karl-Liebkecht-Straße (neben dem ehemaligen Waschstützpunkt), in der Erich-Weinert-Straße/ Schulze-Delitzsch-Straße und am Bergarbeiterwohnheim in einem katastrophalen Zustand. 2. Die beiden großen Wohnungsunternehmen der Stadt hatten seit 1994 Ordnung an den Müll-Standplätzen geschaffen. Seit dem Verkauf von Blöcken, häuft sich, speziell in der Straße der VS 64 und 72 (unterhalb) sowie in der Putz-Straße, der Müll in den letzten Monaten. Das Volumen der neuen Behälter ist wahrscheinlich nicht ausreichend. Das Ordnungsamt sollte hier tätig werden und überprüfen. Es entsteht der Eindruck, dass seit Erlass der neuen Müllsatzung, der neben den Containern liegende Müll nicht entsorgt wird. 3. Im November wurde im Bauausschuss mitgeteilt, dass im Helmpark ein neues Gebäude errichtet wird. Er fragt, ob es richtig ist, dass dort ein Media-Markt angesiedelt wird. Im bestehenden B-Plan ist ein Media-Markt nicht vorgesehen. Sein 4. Anliegen bezieht sich auf die Broschüre "Stadt Sangerhausen - altengerechtes und generationsübergreifendes Wohnen in der Stadt Sangerhausen oder eine Stadt für alle Generationen" vom 10.12.2007. Angefertigt wurde diese Konzeption durch die Firma Seebauer und Wefers im Auftrag der Stadt Sangerhausen. Auftraggeber war das Bauamt. Es ging darum, das Umfeld in der Alban-Hess-Straße und der Oberröblinger Straße zu untersuchen. Entsprechende Vorschläge wurden unterbreitet. Insgesamt hat diese Konzeption 15 T€ gekostet. Da es um alten- und behindertengerechtes Wohnen ging, bezogen sich vor allem die Vorschläge darauf, wie für diese Menschen an den 2 Standorten das Umfeld zu gestalten ist. In der Konzeption steht, dass eine Möglichkeit für den Zugang von Süd zum Kaufland geschaffen wird. Entweder durch einen zweiten Fußweg auf der westlichen Seite oder, was aus seiner Sicht eine günstigere Lösung wäre, durch einen Weg an der ehemaligen Expedition der Brauerei, sodass ältere Bürger aus dem Stadtgebiet Süd von der Taktstraße aus zum Kaufland gelangen können. Es passiert in dieser Sache nichts. Er fragt, wann diese Maßnahmen des Konzeptes realisiert werden.

Antwort des Oberbürgermeisters Herrn Poschmann

Herr Poschmann spricht in Bezug auf die Iglu- und Müllstandplätze von einem Systemfehler. Der Landkreis, als entsorgungspflichtige Körperschaft, wurde darauf aufmerksam gemacht. Der Landrat wird diesbezüglich noch einmal angeschrieben. Nur durch ordnungsbehördliche Maßnahmen kann der Sache nicht nachgekommen werden. Es muss eine Nachregelung erfolgen. Wenn Kapazitäten nicht ausreichen, werden Hinweise seitens der Stadt an den Eigenbetrieb gegeben. Ein Datenabgleich ist jederzeit möglich.

Antwort des Fachbereichsleiters Bürgerservice Herrn Michael

Herr Michael ergänzt. Die RES hat heute begonnen, die Containerstellplätze grundzureinigen. Die Aufträge sind jetzt erst vom Eigenbetrieb erteilt worden. Was die Rollis betrifft, gibt es Diskrepanzen zwischen dem Eigenbetrieb Abfallwirtschaft und allen Wohnungsunternehmen. Die Rollis gehören in bestimmte Wohnbereiche hinein und nicht auf die Containerstellplätze. Sie werden zweckentfremdet genutzt. Es gibt dringenden Handlungs- und Gesprächsbedarf zwischen Eigenbetrieb und Wohnungsunternehmen, wobei die Stadt versucht zu vermitteln. Es bedarf einer neuen vertraglich rechtlichen Regelung für die Containerstellplätze.

Antwort des Fachbereichsleiters Stadtentwicklung und Bauen Herrn Schweiger

Herr Schweiger ist der Meinung, dass der Media-Markt im B-Plan enthalten ist. Eine abschließende Klärung wird im Bauausschuss erfolgen. Die Maßnahmen aus der Konzeption für alters- und behindertengerechtes Wohnen müssen Zug um Zug umgesetzt werden. In der Haushaltsdiskussion muss gemeinsam darüber geredet werden, wann die finanziellen Mittel für diese Maßnahmen zur Verfügung gestellt werden.

Antwort des Oberbürgermeisters Herrn Poschmann

Herr Poschmann ergänzt. Was den Weg am Kaufland betrifft, gibt es noch eine offene Flanke im Vertrag mit dem Erschließungsträger. Zur Zeit ist die Verwaltung im Gespräch und hofft auf eine Lösung.

Nachfrage des 1. Stellvertreters des Stadtratsvorsitzenden Herrn Radschunat

Herr Radschunat hat eine Nachfrage zum Media-Markt. Im Wirtschaftsförderungsausschuss, als es um die Beschlussfassung zum B-Plan ging, wurde gefragt, ob neue Handelsflächen im Zuge der Neuordnung entstehen. Die Frage wurde verneint. Die Neuordnung hatte das Ziel, die anwesenden Unternehmungen bzw. die Parkplatzsituation und die Straßenzuführung neu zu ordnen. Wo kommt da die Verkaufsfläche für einen neuen Markt her?

Antwort des Fachbereichsleiters Stadtentwicklung und Bauen Herrn Schweiger

Herr Schweiger erklärt, dass Baurecht gemäß den vorhandenen B-Plänen für SO-Gebiete bestand. Diese sind neu geordnet worden. Im Endeffekt sind weniger Handelsflächen zu verzeichnen als vorher. D.h., mit einem neuen Plan sind an anderer Stelle Handelsflächen nicht mehr auszuweisen. Es gab einen Bestand an Handelsflächen, die im Gebiet verteilt waren. Der Vorhabenträger wollte es anders gestaffelt und zusammengefasst haben. Durch diesen B-Plan sind weniger Handelsflächen als vorher ausgewiesen.

Nachfrage des 1. Stellvertreters des Stadtratsvorsitzenden Herrn Radschunat

Herr Radschunat erschließt sich nicht die Logik, woher die zusätzliche Fläche kommt, in einem Gebiet, das neu geordnet wird, wo die vorhandenen Unternehmen auch weiterhin vorhanden sein werden.

Antwort des Fachbereichsleiters Stadtentwicklung und Bauen Herrn Schweiger

Herr Schweiger stellt klar, dass es Bauflächen gab, auf denen Handel im Gebiet möglich ist, die aber noch nicht bebaut sind.

Nachfrage des 1. Stellvertreters des Stadtratsvorsitzenden Herrn Radschunat

Herr Radschunat versteht nicht, warum dann in den Beratungen zum B-Plan, die Frage nach zusätzlichen Handelsflächen verneint wurde. Er schlägt vor, die Problematik in den Ausschüssen zu klären.

Antwort des Fachbereichsleiters Stadtentwicklung und Bauen Herrn Schweiger

Herr Schweiger stimmt zu.

Anfragen der Stadträtin Frau Liesong, B.I.S.-Fraktion

Frau Liesong hat 3 Anfragen. 1. Im OB-Bericht wurde gesagt, dass der Parkplatz Marktsüdseite bis zum Altstadtfest fertiggestellt ist. In der heutigen MZ steht, dass die Fertigstellung zum Berg- und Rosenfest erfolgt. Das sind 2 Monate Unterschied. Die 2. Frage betrifft die Ordnung in der Stadt. Sie fragt den Oberbürgermeister, ob er folgendes an den Jutta-Verein herantragen würde. Es könnte geprüft werden, ob die Möglichkeit besteht, dass der Verein die Pflege des Jutta-Platzes selbst übernimmt. 3. geht es um die Aufwandsentschädigung. Sie bittet um eine Aufstellung für die nächste Ratssitzung, wer von den Räten, wann, wie viel Geld bekommt. Wann wird gezahlt? Wann wird Sitzungsgeld gezahlt? Wann wird Anwesenheit bezahlt? Wann wird nur der Eintrag in eine Anwesenheitsliste bezahlt? Wird für keine Anwesenheit auch noch etwas gezahlt? Die Räte haben eine bestimmte Disziplin zu erfüllen und es kann nicht sein, dass manche Räte kommen, sich eintragen, ein Stündchen bleiben und wieder gehen. Eine Aufwandsentschädigung ist nicht gerechtfertigt, wenn man nur nominell irgendwo aufgeführt wird. Die Aufstellung muss nicht mit Namen und Adressen versehen sein. Es interessiert sie, nach welchen Kriterien die Gelder gezahlt werden. Einsparungen kämen dem Haushalt zugute.

16:52 Uhr

Herr Sell kommt = 33

Antwort des Oberbürgermeisters Herrn Poschmann

Herr Poschmann beginnt mit der Antwort auf die letzte Frage. In der Aufwandsentschädigungssatzung ist alles geregelt. Es gibt eine pauschale Aufwandsentschädigung, die nach Funktionen pauschal an jedes Mitglied gezahlt wird. Das Sitzungsgeld wird bei Anwesenheit gezahlt. Man kann sich unterhalten, ob es angemessen ist oder ob man weitere Spielregeln schafft. Wenn ein Rat für einen längeren Zeitraum nicht zu Sitzungen erscheint, fällt das Geld weg. Im Einzelfall wäre eine Aufbereitung mit einem sehr großen Aufwand verbunden. Über eine pauschale Diskussion kann man sich der Wahrheit nähern. Sollte es aufgrund der Diskussion erforderlich werden, bestimmte Einzelfälle zu prüfen, wird das realisiert. Er schlägt die Befassung der Beschlussvorlage zur Fraktionsarbeit, als Rahmen vor. Was den Jutta-Verein betrifft, wird er den Vorschlag unterbreiten.

Antwort des Fachbereichsleiters Stadtentwicklung und Bauen Herrn Schweiger

Herr Schweiger antwortet auf die 1. Frage. Die gesicherte Fertigstellung des Parkplatzes Marktsüdseite soll bis zum Altstadtfest erfolgen. Im Sanierungsausschuss hat er gesagt, dass probiert wird, den Parkplatz bis zum Berg- und Rosenfest fertigzustellen. Das ist allerdings abhängig von der Witterung.

Anfrage des Stadtrates Herrn Kemesies, SPD-Fraktion

Herr Kemesies fragt, ob sich die Stadt vom städtischen Tierheim trennen will und einen privaten Investor dafür sucht. Wenn ja, wie sehen die Konstellationen aus?

Antwort des Oberbürgermeisters Herrn Poschmann

Herr Poschmann ist diesbezüglich nichts bekannt. In dieser Woche bekam er von einem Tierschützer einen Brief, der merkwürdige Nachfragen und Beschimpfungen zum Inhalt hat. Das Tierheim wird als Regiebetrieb im Rahmen der Gefahrenabwehr betrieben. Es wird nach Kostenoptimierungsgründen gesucht. Sollte ein privater Investor Interesse haben, muss das Für und Wider abgewogen werden.

16:58 Uhr

Herr Qual kommt = 34

Anfragen der Stadträtin Frau Rauhut, CDU-Fraktion

Frau Rauhut hat 2 Anfragen. Die 1. betrifft ein Waldstück in Wippra (sog. Kindergartenwald), das im letzten Jahr abgeholzt wurde. Das Grundstück befindet sich im Bebauungsgebiet und ist in einem katastrophalen Zustand. Die Rodung und der Transport des Holzes hätte aufgrund der schlechten Witterungs- und Bodenverhältnisse damals nicht stattfinden sollen. Sie bittet die Verwaltung darum, Bemühungen anzustellen und zu veranlassen, dass wenigstens aufgeräumt und Ordnung geschaffen wird. 2. In ihrer Sprechstunde haben sich mehrere Bürger über die erhebliche Kostensteigerung bei der Entleerung der Kleinkläranlagen und dem Abtransport des Abwassers beschwert. In der Satzung ist zwar eine geringe Erhöhung des Kubikmeterpreises angegeben, aber viel teurer ist der Transport geworden. Maßgeblichen Einfluss haben die Schlauchlängen. Die Bürger fragen, wie es zu einer Erhöhung von über 80 % kommt, ohne dass der AZV darlegt, wo die Kosten herkommen.

Antwort des Oberbürgermeisters Herrn Poschmann

Herr Poschmann kann das nicht spontan in der Tiefe beantworten. Die Abfuhr der Abwässer von privaten Kläranlagen ist kostendeckend kalkuliert worden. Man unterscheidet in der Menge und im Aufwand pro Grundstück, wobei Entfernungskilometer und Grundstück eine Rolle spielen. Das liegt in der Zuständigkeit des AZV. Er nimmt das Anliegen als Auftrag mit. In Bezug auf die Waldrodung, muss der Verursacher ermittelt werden. Da das Grundstück der Stadt gehört, könnte es in den Händen des Betreuungsförstamtes gelegen haben. Das Problem bedarf einer Klärung.

17:01 Uhr -Beginn der EINWOHNERFRAGESTUNDE

Anfrage des Bürgers Herrn Bloßfeld, Sangerhausen, OT Oberröblingen, Wilhelm-Pieck-Str. 28

Herr Bloßfeld macht auf die Internetversorgung in Oberröblingen aufmerksam. Zur Zeit liegt eine 1.000-er Leitung an. D.h., viele Angebote, die das Internet bietet, können mit dieser Leitung nicht genutzt werden. Er hat sich bei seinem Internetanbieter erkundigt und erfahren, dass es derzeit keine Möglichkeit der Erhöhung gibt. Auch die Telekom tätigte die Aussage, dass in der Wilhelm-Pieck-Straße nur diese 1.000 KB anliegen. Ob andere Teile oder Straßen von Oberröblingen an einer höheren Zugangsleitung anliegen, entzieht sich seiner Kenntnis. Ihm ist bekannt, dass in Orten nördlich des Kreises eine Kampagne gestartet wurde, mit dem Ziel, diese Orte mit einer Internetleitung zu versorgen. Nach seiner Information liegen dort jetzt 16.000 KB an. Er fragt, welche Möglichkeiten Stadtverwaltung oder andere Stellen haben, den Bürgern von Oberröblingen modernere Voraussetzungen zu bieten.

Antwort des Oberbürgermeisters Herrn Poschmann

Herr Poschmann war das Problem in Oberröblingen, in dieser Form, bisher nicht bekannt. In vielen Randbereichen, auch in der Kernstadt, gibt es noch Unterversorgungsprobleme. Es kann versucht werden,

Verhandlungen aufzunehmen. Die Ortsbürgermeister haben damals für ihre Ortschaften die Initiative ergriffen. Eine ähnliche Sache sollte für Oberröblingen geprüft und ein separates Gespräch mit dem Ortsbürgermeister geführt werden, um den genauen Versorgungsgrad zu ermitteln.

Wortmeldung des 1. Stellvertreters des Stadtratsvorsitzenden Herrn Radschunat

Herr Radschunat weist Herrn Poschmann darauf hin, dass gemäß der Geschäftsordnung, der Bürger Bloßfeld innerhalb von 14 Tagen von ihm eine schriftliche Antwort bekommen muss.

Antwort des Oberbürgermeisters Herrn Poschmann

Herr Poschmann kann dem nur nachkommen, wenn es um Zuständigkeiten der Stadt geht. Er bittet Herrn Bloßfeld um Verständnis, dass er, da es um andere Zuständigkeiten geht, nicht in 10 Tagen eine Lösung präsentieren kann.

Wortmeldung des Stadtrates Herrn Kemesies, SPD-Fraktion

Herr Kemesies informiert, dass das Problem schon in einer Ortschaftsratssitzung angesprochen wurde. Im Oktober oder November fand ein Gespräch zwischen ihm und Frau Franke statt. Da zur Zeit Fördermittel vom Land ausgeschüttet werden, um entsprechende Anschlusswerte zu schaffen, wurde der Antrag von Frau Franke schon gestellt.

Antwort des Oberbürgermeisters Herrn Poschmann

Herr Poschmann wird recherchieren. Ob aufgrund der Antragstellung schon eine befriedigende Antwort gegeben werden kann, ist fraglich. Der Bürger möchte eigentlich wissen, wann die Realisierung erfolgt.

17:07 Uhr -Ende der EINWOHNERFRAGESTUNDE

Wortmeldung des Stadtrates Herrn Peche, B.I.S.-Fraktion

Herr Peche spricht den Haushalt 2011 und in dem Zusammenhang, die Kreisumlage an. In der Rede auf seinem Neujahrsempfang, äußerte sich der Landrat, laut Presse, wie folgt. „Angesichts der nichtabflauenden Debatte um die Kreisumlage appelliert der Landrat an die Solidarität und fordert die Bereitschaft, auf Gewohntes zu verzichten. Die Diskussion um die Senkung der Kreisumlage, ohne Blick auf die daraus zu finanzierenden Ausgaben, ist sicher der einfachste aber nicht der richtige Weg.“ Um einen richtigen Blick zu bekommen und um nicht auf Gewohntes groß verzichten zu müssen, fordert er die Verwaltung auf, für die bevorstehende Haushaltsdiskussion eine Auflistung darüber zu erarbeiten oder vom Landkreis einzufordern, was die Kreisverwaltung mit dieser Kreisumlage macht. Was wird mit den rund 10 Mio. € finanziert?

KASSETTENWECHSEL

Die Bereitschaft, zu unterstützen, ist da, wobei Gewohntes erhalten bleiben soll, auch wenn die finanzielle Lage gerade nicht die beste ist. In den vergangenen Ratssitzungen wurde auch immer wieder nach den ausstehenden Rückzahlungen vom AZV gefragt. Nun hat das Jahr 2011 angefangen. Er fordert konkrete Aussagen dazu, in welchem Zeitraum das Geld an die Bürger zurückgezahlt wird, ob es eine Fusion der beiden Verbände AZV und TZV geben wird und ob der AZV für dieses Jahr einen beschlossenen Wirtschaftsplan hat, damit die Maßnahmen, die seit Jahren zur Diskussion stehen, durchgeführt werden können.

Antwort des Oberbürgermeisters Herrn Poschmann

Herr Poschmann rät, folgendes zu vermeiden. Die Haushaltsdiskussion und die Diskussion über das Konsolidierungskonzept sollte nicht von der Höhe der Kreisumlage bestimmt werden. Die Kreisumlage wird vom Landkreis bzw. vom Kreistag festgesetzt. Sie ist ein legitimes Mittel der Finanzierung der allgemeinen Deckungsmittel des Landkreises. Die Frage, die gestellt wurde, ist sicher die, welche Leistungen der Landkreis für seine Kommunen erbringt und ob dabei die Gerechtigkeit gewahrt ist. Darüber muss man sich stets verständigen. Es muss eine Vereinheitlichung innerhalb des Kreishaushaltes geben, was die Zuschüsse für Einrichtungen im freiwilligen Bereich angeht. Es gibt aber auch unterschiedliche Regelungen innerhalb der pflichtigen Aufgaben, z.B. Arge und Wohngeld. In der Diskussion wird es nicht gelingen, eine Analyse des Kreishaushaltes zu machen. Es ist äußerst schwierig, das zur Grundlage der Haushaltsdiskussion der Stadt zu machen. Seitens der Stadt wurde, von der allgemeinen Form her, gegen die Kreisumlage angegangen und Kritik geäußert. Eine Kreisumlage ist nicht politisch auszuhandeln. Nach dem neuen FAG zahlt die Stadt im Moment

mehr Kreisumlage, als sie Zuweisungen vom Land erhält. Das ist das Hauptproblem der Kommunen. Im Jahr 2012 wird es ein neues FAG geben.

Wortmeldung des Stadtrates Herrn Peche, B.I.S.-Fraktion

Herr Peche erklärt, dass er bewusst den Zeitungsartikel zitiert hat. Der Hintergrund seiner Frage war, dass zynisch mit den Räten umgegangen und ihnen Unkenntnis vorgeworfen wird. Es soll erreicht werden, dass nicht weiter diskutiert wird.

Antwort des Oberbürgermeisters Herrn Poschmann

Herr Poschmann hat die Rede des Landrates im Ganzen gehört und nicht diesen Eindruck gewonnen. Der AZV hat noch keinen Wirtschaftsplan in diesem Jahr. Er geht davon aus, dass der AZV die überzahlten Gebühren nach der Verbrauchsabrechnung auszahlen wird. Den genauen Termin kann er hinterfragen. Über die Fusion hat er bereits schon einmal im geschlossenen Teil informiert. In den Verbandsversammlungen wurden Beschlüsse dazu gefasst, an dem Ziel festzuhalten. Ein Termin steht noch nicht fest, da der TZV in der Aufarbeitung seiner Altprobleme wesentlich weiter ist, als der AZV. Realistisch betrachtet, wird es in den Jahren 2011 und 2012 noch keinen Zusammenschluss geben.

Anfrage des Stadtrates Herrn Fischer, Fraktion DIE LINKE.

Herr Fischer greift die Kostensteigerung bei der Entleerung der Kleinkläranlagen auf. Es ist den Bürgern schwer zu vermitteln, dass für die gleiche Leistung jetzt ein wesentlich höherer Kostenbeitrag vom AZV gefordert wird. Wippraer Bürger sorgen sich um den Hochwasserschutz und fragen, wann das Grüne Hochwasserrückhaltebecken gebaut wird.

Antwort des Oberbürgermeisters Herrn Poschmann

Herr Poschmann hat diesbezüglich mit Wippraer Bürgern vor Ort gesprochen und eine Begehung durchgeführt. Es wurde ein Fragenkatalog erarbeitet und in dieser Woche an das Ministerium gesandt. Aus Vorgesprächen mit dem Ministerium ging hervor, dass in diesem Jahr die Planung für das Grüne Hochwasserrückhaltebecken und im nächsten Jahr der Baubeginn erfolgen soll. Die Frage wurde zusätzlich noch einmal schriftlich gestellt. Im Ergebnis der Beantwortung, wird den Wippraer Bürgern Rede und Antwort gestanden. Geplant ist ein Stadtgespräch in Wippra, mit einem Fachmann vor Ort. Die Hochwassersituation in Wippra hat sich entspannt. Die Wippraer Ortsfeuerwehr hat sehr gute Arbeit geleistet und sich für die Unterstützung durch andere Wehren bedankt.

Wortmeldung der Stadträtin Frau Scheffel, BOS-Fraktion

Frau Scheffel macht folgenden Vorschlag. Bevor das Mikrofon umgestellt wird, sollten die Redner das Pult für länger andauernde Reden nutzen. Werden Fragen an die Verwaltung zum Oberbürgermeisterbericht gestellt, dann sollte man die Verwaltung vor sich haben. Die Möglichkeiten müssen für alle Stadträte gleich bleiben, egal wo sie sitzen. Für kurze Anfragen braucht ein Rat nicht von hinten nach vorn an das Mikrofon gehen.

Anfrage des Stadtrates Herrn Kemesies, SPD-Fraktion

Herr Kemesies hat eine Anfrage zum Thema Hochwasser. Vor ca. 2 Jahren wurden in den Ortschaften die Wasserwehren zum Zweck des Hochwasserschutzes gegründet. Da sie noch nicht aktiv sind, fragt er, wie sie aktiviert werden können.

Antwort des Fachbereichsleiters Bürgerservice Herrn Michael

Herr Michael informiert, dass dem Rat im April die entsprechende Satzung zur Beschlussfassung vorliegen wird.

Wortmeldung der Stadträtin Frau Rauhut, CDU-Fraktion

Frau Rauhut weist darauf hin, dass sich zum Thema Hochwasser eine Bürgerinitiative gegründet hat, die für nächsten Freitag nach Großbörner eingeladen hat. Kompetente Leute werden Rede und Antwort stehen.

Antwort des Oberbürgermeisters Herrn Poschmann

Herr Poschmann vermutet, dass es um den gesamten Verlauf der Wipper geht. Vorerst möchte er an dem Weg über das Ministerium festhalten. Auch andere Gemeinden sind an dem Bau des Hochwasserrückhaltebeckens interessiert.

Wortmeldung des Stadtrates Herrn Skrypek, CDU-Fraktion

Herr Skrypek betont noch einmal, dass die Mikrofone nicht aus Gründen der Darstellung, sondern aufgrund der Höflichkeit gegenüber den Räten und Bürgern umgestellt werden sollten.

7. Beratungsgegenstände in öffentlicher Sitzung

7.1 Entlastung des Oberbürgermeisters der Stadt Sangerhausen gemäß § 170 Abs. 3 GO LSA für das Haushaltsjahr 2008 - 1. Lesung

Begründung: Frau Bonk

Herr Poschmann informiert den Rat über das Ergebnis des gestrigen Hauptausschusses. Es wurden 4 Fragen aus dem Finanzausschuss beantwortet. Daraus ergab sich, dass es noch in vieler Hinsicht Klärungsbedarf gibt und die Vorlage in 1. Lesung beraten werden sollte.

Stellungnahme des Hauptausschusses, Stadtrat Herr Skrypek, Vorsitzender des Ausschusses

Der Ausschuss stimmte dieser Beschlussvorlage mit 4 Ja-Stimmen und 4 Enthaltungen mehrheitlich zu. Es gibt noch Klärungsbedarf. Eine 1. Lesung wird befürwortet.

Stellungnahme des Finanzausschusses, Stadträtin Frau Stahlhacke, stellv. Vorsitzende des Ausschusses

Der Ausschuss stimmte dieser Beschlussvorlage mehrheitlich zu. Sie pflichtet den Ausführungen von Herr Skrypek bei.

Herr Peche erinnert, dass noch Unterlagen fehlen.

Herr Poschmann verweist auf die sehr kurze Zeit, von gestern Abend zu heute.

7.2 2. Lesung und Beschlussfassung der Hundesteuersatzung der Stadt Sangerhausen

Begründung: Herr Schuster

Stellungnahme des Hauptausschusses, Stadtrat Herr Skrypek, Vorsitzender des Ausschusses

Der Ausschuss stimmte dieser Beschlussvorlage mit 7 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung mehrheitlich zu.

Stellungnahme des Finanzausschusses, Stadträtin Frau Stahlhacke, stellv. Vorsitzende des Ausschusses

Der Ausschuss stimmte dieser Beschlussvorlage mit 7 Ja-Stimmen einstimmig zu.

Die Räte von 9 Ortschaften stimmten der Beschlussvorlage zu, 3 Ortschaften lehnten ab und in 2 Ortschaften gab es nur Zustimmungen unter Maßgaben.

Beschlusstext:

Der Stadtrat der Stadt Sangerhausen beschließt die in der Anlage ersichtliche Hundesteuersatzung der Stadt Sangerhausen.

Abstimmung über die Beschlussvorlage

Ja-Stimmen = 30

Nein-Stimmen = 0

Stimmenenthaltungen = 4

Damit ist die Beschlussvorlage mehrheitlich bestätigt und wird unter der **Beschluss-Nr. 2-16/11** registriert.

Inkrafttreten am: Tag nach der Veröffentlichung

7.3 Prüfungserfordernis für die Kreiselvariante bei zukünftigen Kreuzungsausbauten - 2. Lesung und Beschlussfassung

Begründung: Herr Radschunat

Herr Windolph betont, dass der Bauausschuss mehrheitlich die Vorlage abgelehnt hat. Es ist unstrittig, dass der Kreisel Vorzüge hat und unter bestimmten Umständen die Alternative für Ampellösungen sein kann. Es gibt aber auch Gründe, die bei Abwägung der Vor- und Nachteile zu dem Ergebnis Ampellösung führen können. Er kann nur teilweise gute Ansätze finden.

Herr Radschunat fragt Herrn Windolph, da er teilweise gute Argumente in der Vorlage erkennt, ob es sein kann, dass die Mitglieder des Bauausschusses zum Teil zustimmten und sich zum Teil enthielten.

Herr Windolph erinnert, dass er gesagt hat: "mehrheitlich abgelehnt".

Herr Kotzur sieht keinen Grund dafür, dass der Beschlusstext schädlich ist. Die Verwaltung prüft sowieso. Durch die Vorlage wird der Nachweis gefordert, dass geprüft wurde, aus welchen Gründen ein Kreisel für dieses oder jenes Projekt nicht machbar ist.

Herr Peche ist der Meinung, dass niemand gegen den Kreisel sprechen wird. Es gibt genügend Argumente, die dafür sprechen, dass bei zukünftigen Planungen dieses berücksichtigt werden soll. Der 2. Satz des Beschlusstextes ist aber zu bedenken. "Abweichungen bedürfen eines entsprechenden Beschlusses des Stadtrates." Ist der Aufwand nicht zu hoch?

Die B.I.S.-Fraktion stellt folgenden Änderungsantrag. Der 2. Satz soll wie folgt lauten. "Über Abweichungen ist der Rat zu informieren." Dadurch bestehen die gleichen Rechte, Pflichten und Möglichkeiten, darauf Einfluss zu nehmen. Die Fraktion sieht es nicht als Erfordernis an, jedesmal einen Ratsbeschluss zu fassen.

Herr Radschunat erklärt, dass genau das, nicht das Ansinnen des Ausschusses ist. Es sollte eine Entscheidung eines politischen Gremiums herbeigeführt und nicht nur informiert werden. Er hatte heute mit einem Antrag gerechnet, dass nicht der Stadtrat, sondern der Hauptausschuss beschließt. Der Aufwand ist dadurch nicht zu groß.

Herr Qual spricht im Namen der F.D.P.-Fraktion. Die Fraktion unterstützt den Antrag der B.I.S.-Fraktion. Die vorgeschlagene weitere Ergänzung findet außerdem ihre Zustimmung.

Herr Radschunat stellt aufgrund der Reaktionen der meisten Räte fest, dass der erste Satz des Beschlusstextes bleiben und der 2. wie folgt heißen soll: "Abweichungen bedürfen eines entsprechenden Beschlusses des Hauptausschusses."

Herr Poschmann erklärt, wie es bisher gelaufen ist. In der Verwaltung wurde die ingenieurtechnische Leistung geprüft, mit dem Fachausschuss abgestimmt und in das weitere Verfahren gegangen. Er wird die Entscheidung des Rates in dieser Angelegenheit akzeptieren und sich enthalten.

Herr Peche korrigiert den Änderungsantrag der B.I.S.-Fraktion. Der 2. Satz des Beschlusstextes soll heißen: "Abweichungen bedürfen eines entsprechenden Beschlusses des Hauptausschusses."

Abstimmung über den Antrag der B.I.S.- Fraktion auf Änderung des 2. Satzes des Beschlusstextes

Ja-Stimmen = 28
Nein-Stimmen = 4
Stimmenenthaltungen = 2

Damit ist der Antrag mehrheitlich angenommen.

Beschlusstext:

Der Stadtrat beschließt das Prüfungserfordernis "Kreisel" bei zukünftigen Kreuzungsausbauten als vordringlichste Maßnahme der Bauverwaltung. Abweichungen bedürfen eines entsprechenden Beschlusses des Hauptausschusses.

Abstimmung über die Beschlussvorlage

Ja-Stimmen = 26
Nein-Stimmen = 5
Stimmenenthaltungen = 3

Damit ist die Beschlussvorlage mehrheitlich bestätigt und wird unter der **Beschluss-Nr. 3-16/11** registriert.

Inkrafttreten am: Tag nach der Beschlussfassung

7.4 Auslegungsbeschluss des Entwurfes des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 30 "Sondergebiet Photovoltaikanlage Oberröblingen" der Stadt Sangerhausen

Begründung: Herr Schweiger

18:00 Uhr
Frau Kümmel und
Frau Töpsch gehen = 32

Stellungnahme des Bauausschusses, Stadtrat Herr Windolph, Vorsitzender des Ausschusses

Der Ausschuss stimmte dieser Beschlussvorlage mit 7 Ja-Stimmen einstimmig zu.

Stellungnahme des Wirtschafts- und Umweltausschusses, Stadtrat Herr Radschunat, Vorsitzender des Ausschusses

Der Ausschuss stimmte dieser Beschlussvorlage mit 6 Ja-Stimmen einstimmig zu.

Beschlusstext:

*Der Stadtrat der Stadt Sangerhausen beschließt die öffentliche Auslegung des Entwurfes des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr.30 "Sondergebiet Photovoltaikanlage Oberröblingen" der Stadt Sangerhausen mit Begründung und den wesentlichen bereits vorliegenden umweltbezogenen Stellungnahmen für die Dauer eines Monats. Durch den Investor wurde eine Änderung der Planverfahrensweise nach dem Aufstellungsbeschluss beantragt, so dass das Planverfahren nun als vorhabenbezogener Bebauungsplan weitergeführt werden soll. Der erforderliche Durchführungsvertrag wird bis zum Satzungsbeschluss zwischen dem Investor und der Stadt Sangerhausen abgeschlossen.
Gleichzeitig werden die von der Planung berührten Behörden und Träger öffentlicher Belange von der Auslegung informiert und um Stellungnahme gebeten.*

Abstimmung über die Beschlussvorlage

Ja-Stimmen = 32
Nein-Stimmen = 0
Stimmenenthaltungen = 0

Damit ist die Beschlussvorlage einstimmig bestätigt und wird unter der **Beschluss-Nr. 4-16/11** registriert.
Inkrafttreten am: Tag nach der Beschlussfassung

7.5 Auslegungsbeschluss für den Bebauungsplanentwurf Nr. 31 "Sondergebiet Photovoltaikanlage Othaler Weg" der Stadt Sangerhausen

Begründung: Herr Schweiger

18:05 Uhr
Frau Töpsch kommt = 33

Stellungnahme des Bauausschusses, Stadtrat Herr Windolph, Vorsitzender des Ausschusses

Der Ausschuss stimmte dieser Beschlussvorlage mit 7 Ja-Stimmen einstimmig zu.

Stellungnahme des Wirtschafts- und Umweltausschusses, Stadtrat Herr Radschunat, Vorsitzender des Ausschusses

Der Ausschuss stimmte dieser Beschlussvorlage mit 6 Ja-Stimmen einstimmig zu.

Beschlusstext:

Der Stadtrat beschließt, den Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 31 "SO Photovoltaikanlage Othaler Weg" der Stadt Sangerhausen öffentlich auszulegen und die Behörden und Nachbargemeinden zu beteiligen.

Abstimmung über die Beschlussvorlage

Ja-Stimmen = 33
Nein-Stimmen = 0
Stimmenenthaltungen = 0

Damit ist die Beschlussvorlage einstimmig bestätigt und wird unter der **Beschluss-Nr. 5-16/11** registriert.
Inkrafttreten am: Tag nach der Beschlussfassung

18:06 Uhr
Frau Kümmel kommt = 34

7.6 Verlängerung der örtlichen Bauvorschrift über die besonderen Anforderungen an die äußere Gestaltung von baulichen Anlagen in der Berg- und Rosenstadt Sangerhausen (Gestaltungssatzung) - 1. Lesung

Begründung: Herr Schweiger

Herr Kotzur informiert, dass die Satzung im Sanierungsausschuss intensiv diskutiert wurde. Da es in Wippra ebenfalls ein Sanierungsgebiet gibt, stellt sich die Frage, ob für dieses Gebiet eine separate Satzung erarbeitet wird und ob die Möglichkeit besteht, im Anschluss beide Satzungen zusammenzuführen. Das war der Prüfauftrag an die Verwaltung.

Herr Schweiger weist darauf hin, dass sich die Verwaltung zunächst nicht dafür ausgesprochen hatte, für Wippra eine ähnlich gelagerte Satzung zu erlassen. Da es bisher keine Satzung gab, war die Sanierung, die bisher stattgefunden hat, diesen Regelungen nicht unterworfen.

18:20 Uhr
Herr Klein geht = **33**

KASSETTENWECHSEL

Es geht nicht, dass die Satzung von Sangerhausen auch für Wippra gilt, denn es ist im Zweifel nachzuweisen, dass die Regelungen aus den Örtlichkeiten abgeleitet wurden. Da es sich bei einer solchen Satzung um eine örtliche Bauvorschrift handelt, ist auch eine Vereinigung nicht möglich.

18:30 Uhr
Herr Schwarz kommt = **34**

8. Informationsvorlagen in öffentlicher Sitzung

8.1 Beteiligungsbericht - Geschäftsjahr 2009

Herr Poschmann erörtert den Beteiligungsbericht, gibt ergänzende Hinweise und bittet darum, Fehler zu korrigieren. Z.B. lautet die Anschrift der SWV jetzt: An der Gonna 25 (S. 30). Auf S. 33 muss statt der Zahl 49,4 T€, richtig stehen: 76,1 T€. Das entspricht nicht einer Steigerung von 60,6 %, sondern von 64,98 %.

Herr Radschunat stellt fest, dass es keine Wortmeldungen gibt und dass der Stadtrat den Beteiligungsbericht zur Kenntnis genommen hat.

8.2 Ausgaben Deutsche Meisterschaften im Straßenradsport 2010

Die Vorlage wurde heute verteilt.

Begründung: Herr Poschmann

Frau Liesong ist erschrocken vom finanziellen Ausmaß, vor allem weil den Stadträten versprochen wurde, dass die Radmeisterschaften der Stadt nichts kosten sollten. Nun stehen 86.000 € zu Buche. Am schlimmsten an der Sache ist aber die Tatsache, dass die Verwaltung erst nach mehrfachen Nachfragen die Zahlen offengelegt hat. Ihre Frage ist, wie in Zukunft verhindert werden kann, dass die Stadträte wieder so etwas untergeschoben bekommen.

Herr Poschmann informiert, dass gestern im Hauptausschuss darüber gesprochen wurde, eine Etappe der Thüringen Rundfahrt nach Sangerhausen zu ziehen. Die politische Akzeptanz muss natürlich im Vorfeld abgeklärt werden. Was die Meisterschaften 2010 betreffen, so war anfangs nicht klar, welche Leistungen die Stadt erbringen soll. Die inneren Verrechnungsleistungen, in Bezug auf den Bauhof, waren im Haushalt kalkuliert. Die Sachkosten wurden auf einem niedrigen Stand gehalten. Vor großen Events sollte in Zukunft das Gespräch gesucht werden.

Frau Olschak fragt, ob die Stadt Gelder für Fahrzeuge oder Zugmaschinen von Fremdfirmen ausgegeben hat, zum Zweck der Absperrungen.

Herr Poschmann verneint.

Herr Radschunat fasst zusammen. Es geht nicht in erster Linie um die politische Akzeptanz. Es ist wichtig, im Vorfeld zu wissen, um was es im Detail geht und dass man sich an diese Absprachen und Informationen hält, sodass im Ergebnis solcher Veranstaltungen, die Angaben auch passen. Daran sollte gearbeitet werden.

9. Beratungsgegenstände in nichtöffentlicher Sitzung

- .
- .
- .

11. Wiederherstellung der Öffentlichkeit und Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

Herr Radschunat stellt die Öffentlichkeit wieder her und gibt die im nichtöffentlichen Teil unter TOP 9.1 und 9.2 gefassten Beschlüsse mit den Nummern 6-16/11 und 7-16/11 bekannt.

Um 19:40 Uhr beendet der 1. Stellvertreter des Stadtratsvorsitzenden Herr Radschunat die Sitzung.

Simone Jung
Protokollführerin

Frank Radschunat
1. Stellvertreter des Vorsitzenden